

*Wie viele Angehörige der Bundeswehr wurden nach Kenntnis der Bundesregierung im Zusammenhang mit Kontaktaufnahmen oder Rekrutierungsversuchen der mutmaßlichen rechtsterroristischen Vereinigung Patriotische Union angesprochen, und wie viele dieser Bundeswehr-Angehörigen haben dies ihren Vorgesetzten gemeldet (bitte aufschlüsseln nach Truppengattung und Dienststandort; [www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/reichsbuerger-ermittlungen-terror-putschbundeswehr-e094307/?reduced=true](http://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/reichsbuerger-ermittlungen-terror-putschbundeswehr-e094307/?reduced=true))?*

Nach derzeitigem Kenntnisstand wurde eine hohe einstellige bis geringe zweistellige Zahl von Angehörigen der Bundeswehr durch die Vereinigung „Patriotische Union“ im Sinne der Fragestellung angesprochen.

Eine detailliertere Antwort ist aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich. Es wird keine Statistik darüber geführt, ob Bundeswehrangehörige eine solche Kontaktaufnahme ihren Vorgesetzten gemeldet haben. Alle Vorgesetzten müssten zunächst schriftlich kontaktiert und hiernach befragt werden.

Darüber hinaus kann eine weitergehende Beantwortung auch vor dem Hintergrund der laufenden Verdachtsfallbearbeitungen nicht erfolgen, um den Erfolg der nachrichtendienstlichen Ermittlungen nicht zu gefährden und Rückschlüsse auf den derzeitigen Kenntnisstand und Methodik des Militärischen Abschirmdienstes zu vermeiden. Außerdem bestünde die Gefahr, dass durch die Offenlegung von einzelnen Sachverhalten Rückschlüsse auf die Verdachtspersonen gezogen werden können, was deren Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aus Artikel 1 Absatz 1, Artikel 2 Absatz 1 Grundgesetz einschränken würde.